Nr. 114 Abend-Ausgabe
B 57

Berlin

Mittwoch, 7. März 1928
V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff (A 7) 3600—3655 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3695—3952. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Für den Einheitsstaat

Koch gegen Keudell

Im Haushaltsausschuß des Reichstages gab es heute eine Aussprache über die Verwirklichung des Einheitsstaats-Gedankens.

Zwar der zuständige Minister Dr. v. Keudell schwieg über diese brennende Frage. Er gab lediglich Auskunft über einige Verwaltungsmaßnahmen. Unter anderem teilte er mit, daß der Gesetzentwurf über die Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichts in Verbindung mit dem Ausbau des preußischen Oberverwaltungsgerichts bereits vom Kabinett gebilligt sei. Eine Verabschiedung des Ministerpensionsgesetzes sei nicht mehr möglich.

Ein Gesetzentwurf, der die Staatsangehörigkeit deutscher Frauen im Falle ihrer Verheiratung mit Ausländern regeln soll, sei aufgestellt worden. Der Entwurf hatte möglichst die Erhaltung der deutschen Staatsangehörigkeit der verheirateten Frau zum Ziele. Im Falle des Verlustes der deutschen Staatsangehörigkeit werde die Wiedergewinnung erstrebt. Ueber die Aufführung religiöser Filme (Lutherfilm) erklärte der Minister, daß die Oberfilmprüfstelle eine richterliche Behörde sei, also das Reichsministerium des Innern nicht in der Lage sei, in das Verfahren einzugreifen. Der Reichsminister sei jedoch mit allen zuständigen Stellen einig darin, daß gerade bei religiösen Filmen das größte Taktgefühl am Platze sei.

Abg. Sollmann (Soz.) fragte nach des Ministers Rechtsauffassung vom Artikel 48 der Reichsverfassung. Sei es richtig, daß er die Wiedereinführung von Orden und Titeln anstrebe?

Abg. v. Kardorff (Dvp.) kam dann auf das Zentralproblem, den Umbau des Reiches. Das Ziel werde wohl der Einheitsstaat sein, aber es sei nur schrittweise zu erreichen. Wäre der Reichspräsident zugleich preußischer Staatspräsident, könnte man wohl schneller vorwärts kommen. Gegen die Wiedereinführung von Titel und Orden sei er, weil wir heute ein reiner Parteistaat seien.

Abg. Koch-Weser (Dem.) bedauerte, daß der Minister der Frage der Neuordnung des Reiches so tatenlos gegenüberstehe. Wenn ein Minister gesagt hat, daß im Jahre 1803 der Reichsdeputationshauptschluß nur möglich gewesen sei, weil die napoleonische Katastrophe vorangegangen sei, so könne man umgekehrt sagen, daß der Einbruch Napoleons von 1803 nicht möglich gewesen sei, wenn ein geeinigtes und gefestigtes Deutschland schon vorher vorhanden gewesen sei. Aufgabe des Staatsmannes ist es, Katastrophen vorzubeugen.

Auch die Empfehlung des Abg. v. Kardorff, vorläufige Maßnahmen zu ergreifen gehe fehl. Wollen Sie etwa wirklich auf dem Wege der Enklavebeseitigung ein Land wie Braunschweig oder Anhalt, die mit 10 bis 16 Flicken über den preußischen Teppich liegen, durch einen Flächenaustausch vorläufig konsolidieren? Auch eine Einverleibung aller norddeutscher Länder nach Preußen schaffe unmögliche Zustände, weil es den Gegensatz zu den süddeutschen Ländern verschärft und ihnen das Uebergewicht im Reichsrat ausliefert.

Entschieden wende ich mich gegen die durch Herrn v. Kardorff empfohlene Lösung dadurch, daß man den Reichspräsidenten auch zum preußischen Staatspräsidenten macht, eine neue Hegemonie Preußens herbeizuführen. **Alle provisorischen Maßnahmen, die auf eine Hegemonie oder auch auf eine Entrechtung Preußens hinauslaufen, sind abzulehnen. Der Süddeutsche will und muß in einer Linie mit dem Norddeutschen stehen.**

Dagegen soll der Reichsminister den Erlaß einer Reichsstädteordnung entsprechend den Wünschen des Städtetages prüfen. Die Städte leiden unter den sich überschneidenden und schlecht abgegrenzten Anweisungen, die zugleich von Reich und Ländern kommen. Die Selbstverwaltung ist das köstlichste Gut, das wir aus dem alten Staat übernommen haben, und muß gepflegt werden. Die Reichsangehörigkeit muß an Stelle der Staatsangehörigkeit treten. Dann wird man auch den österreichischen Wünschen um erleichterte Aufnahme in den deutschen Reichsverband und den Wünschen der Frauen, die mit Ausländern verheiratet sind, entsprechen können.

Den Minister ersuche ich dringend um Hergabe seiner Anschauungen für die Bedeutung des Art. 48. Wenn Claß vom Reichsgericht nicht zur Aburteilung gekommen ist, weil man ihm den „guten Glauben" zumaß, als ob der Reichspräsident auf Grund des Art. 48 ohne Genehmigung des Reichstages die Verfassung außer Kraft setzen dürfe, so muß dringend dafür gesorgt werden, daß Versuche zum Hochverrat jetzt und später nicht unter einem solchen fadenscheinigen Vorwande angebahnt werden.

In der Frage der Beamtengehälter ist schwerer Schaden dadurch angerichtet, daß der Finanzminister die Gehaltserhöhungen auf 25 bis 30 v. H. bezifffert hatte. Die Wirklichkeit hat die Beamten enttäuscht, ist aber bis zu der über die Ankündigung erregten Bevölkerung nicht durchgedrungen.

Auf dem Gebiete des Beamtenrechtes stockt alles, seitdem Ministerialdirektor Brecht beseitigt ist. Die Beseitigung ist für alle Zukunft überaus gefährlich. Wenn ein Beamter wegen seiner politischen Gesinnung aus einem Amte entfernt wird, so sehe ich darin eine Untergrabung der Sicherheit des Berufsbeamtentums. Alle Parteien sollten sich hier über feste Grundsätze vereinen.

Der Redner bedauerte, daß kein neues Wahlgesetz vorgelegt wurde. Die Wiedereinführung von Titeln und Orden halte er mit dem Abg. v. Kardorff für unmöglich. Ob as allerdings nicht entsprechend den Wünschen des Ministers Stresemann empfehlenswerte wäre, für die auswärtigen Diplomaten ein schmückendes Zeichen wiedereinzuführen, sei er aus Gründen der Außenpolitik zu prüfen bereit.

Phoebus-Bericht wird vorgelegt

Aber ein neuer

Reichskanzler Dr. Marx hat heute mittag die Vertreter der früheren Koalitionsparteien, also der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, zur Besprechung über die Phoebus-Affäre empfangen. Das Ergebnis dieser ersten Aussprache ist die Erklärung des Reichskanzlers, daß dem Hauptausschuß des Reichstags in den nächsten Tagen **ein Bericht über die Phoebus-Angelegenheit vorgelegt werden soll, aber nicht der ursprüngliche Bericht des Ministers Sämisch, sondern ein neuer Bericht, der erst fertiggestellt werden soll.**

Die Vertreter der früheren Koalitionsparteien sollen sich mit der Erklärung des Reichskanzlers zufriedengegeben haben, am Nachmittag wird der Reichskanzler die Fraktionsführer der Demokraten und der Sozialdemokraten sowie der Wirtschaftsparteien empfangen. Daß die Oppositionsparteien sich mit dem von der Reichsregierung geplanten Verfahren einverstanden erklären werden, ist nicht anzunehmen.

Der Form nach wird dem Beschluß des Haushaltsausschusses des Reichstages Rechnung getragen: es wird ihm eine Denkschrift vorgelegt. In der Sache aber ist es ein beträchtlicher Unterschied, ob dem Ausschuß von dem ursprünglichen und unretouchierten Bericht des Ministers Sämisch Kenntnis gegeben wird, oder von einer Denkschrift, die besonders für die Oeffentlichkeit hergestellt wird. Es wird jetzt allerdings behauptet, daß Minister Sämisch das Ergebnis seiner Untersuchung nicht in vollem Umfange schriftlich fixiert, sondern zum Teil in mündlichem Vortrage dem Reichskanzler bekanntgegeben habe, daß der Sämisch-Bericht also auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben könne, und daß gerade, um Rückfragen und Ergänzungen zu vermeiden, die Ausarbeitung eines neuen Berichts, der alle, auch nachträglich bekanntgewordenen Details der Phoebus-Affäre behandle, notwendig geworden sei.

Das mag alles sein. Aber es kann nicht ausbleiben, daß die hartnäckige Weigerung der Regierung, dem Parlament den Originalbericht des Ministers Sämisch vorzulegen, allerhand Vermutungen auslöst, und daß man sich mißtrauisch frägt, ob in dem neuen, für den Hauptausschuß des Reichstages bestimmten Bericht nicht wesentliche Feststellungen fehlen werden, die in dem Sämisch-Memorandum enthalten sind.

Dieses Mißtrauen wird genährt dadurch, daß für die Aussprache mit dem Reichskanzler die Fraktionen in Gruppen eingeteilt worden sind. Es hätte, da ein Regierungsblock nicht mehr besteht, nahegelegen, die Führer aller Fraktionen gemeinsam zu empfangen, wie es seit dem Zerfall der Koalition, gerade auf eine Forderung des Zentrums hin, schon einmal geschehen ist. Daß der Kanzler heute die früheren Koalitionsparteien und die der Opposition getrennt empfängt, zwingt zu dem Schluß, daß die Erklärung am Vormittag und am Nachmittag inhaltlich sich voneinander unterscheidet, und daß man die früheren Koalitionsfreunde für eine bestimmte, der Regierung genehme Behandlung der Phoebus-Affäre im Reichstage gewinnen will.

Die Komödie von Szent Gotthard

Einsetzung eines Komitees

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

jb **Genf**, 7. März

Die Komödie von **Szent Gotthard** wurde wider Erwarten heute vormittag im Völkerbund nicht nur in ihrem ersten Akt — Privatsitzung des Rates — sondern auch im zweiten Akt — erste öffentliche Behandlung mit einigen gegenseitigen Bosheiten — aufgeführt. Nach einer etwa einstündigen Geheimberatung wurde gegen 12 Uhr mitgeteilt, daß die Ratssitzung öffentlich sein würde. Alles stürmte in die große Glasveranda, die trotz der strengen Kontrolle im nu überfüllt war.

Die Höflichkeit, mit welcher der Präsident Urrutia die beiden Vertreter der nicht im Rat sitzenden Staaten der Kleinen Entente Jugoslawien und Tschechoslowakei, nämlich die Gesandten Fotitsch und Veverka, sowie den ungarischen General Tanczos aufforderte, an der Ratstafel Platz zu nehmen, wich gleich zu Beginn der Verhandlungen einer ziemlich gereizten Stimmung, die denn auch bis zum Ende durchhielt. Schon die Tatsache, daß die ungarische Regierung nicht den Außenminister Walko zur Auskunftserteilung vor den Rat entsandt hatte, so daß natürlich auch die Tschechoslowakei und Jugoslawien nicht ihre Außenminister Benesch und Marinkowitsch in den Rat schickten, machte offensichtlich manche Ratsmitglieder nervös und trug nicht zur Verbesserung der Stimmung bei.

Nach einstündiger Diskussion, an der sich außer den Vertretern der Kleinen Entente und Ungarns Chamberlain, Briand und Scialoja wiederholt beteiligten, wurde **auf englischen Antrag beschlossen, ein Ratskomitee aus drei Mitgliedern zu ernennen, das den Auftrag haben soll, über die tatsächliche Seite der Angelegenheit und die daraus zu ziehenden juristischen Folgerungen Bericht zu erstatten.**

Auf Vorschlag des Ratspräsidenten Urrutia wurden der holländische Außenminister Beelaerts van Blokland, der chilenische Gesandte in Rom, Villegas, und der finnische Außenminister Procope zu Mitgliedern dieses Komitees ernannt.

*

Der Leiter der polnischen Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland, Minister a. D. Twardowski, begibt sich jetzt nach Danzig. Die dortigen Wirtschaftskreise wünschen eine Aussprache mit ihm über die Wahrnehmung ihrer Interessen beim Abschluß des deutsch-polnischen Handelsvertrages herbeizuführen.

Seipels Erklärungen

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

kl **Wien**, 7. März

Heute vormittag trat unter Vorsitz des Präsidenten Mikkas der Hauptausschuß zu einer Sitzung zusammen, in der Bundeskanzler Dr. Seipel einen Bericht über die außenpolitischen Fragen erstattete, die Oesterreich berühren. Dabei legte er, noch einmal alle in Betracht kommenden Momente zusammenfassend, den Gang der **Kontroverse mit Italien** über die Behandlung der Deutschen in dem italienisch gewordenen Teil von Tirol dar.

An der Hand des inzwischen in den römischen Blättern veröffentlichten Originaltextes der Rede des italienischen Ministerpräsidenten in der römischen Kammer zeigte er, daß die in den österreichischen Zeitungen gebrachten Berichte im wesentlichen die Ausführungen Mussolinis getreu wiedergegeben haben, so daß die Oeffentlichkeit über dessen Auffassungen, Absichten und Argumente bereits vollkommen orientiert sei.

An der Wechselrede, die sich an den Bericht anschloß, beteiligten sich die Redner aller Parteien. Es kam die vollständige Uebereinstimmung über das weitere Verhalten in bezug auf die Auseinandersetzung mit Italien zum Ausdruck. Eine längere amtliche Erklärung über die Ausführungen des Bundeskanzlers wird noch erwartet.